

Vorlage Nr. 15/116

öffentlich

Datum: 19.02.2021
Dienststelle: LVR-Klinik Viersen
Bearbeitung: Frau Janknecht

Krankenhausausschuss 3 08.03.2021 Beschluss

Tagesordnungspunkt:

Neubestellung der Mitglieder des Beirates der Forensik in der LVR-Klinik Viersen

Beschlussvorschlag:

Der Krankenhausausschuss 3 beschließt, die in der Vorlage Nr. 15/116 aufgelisteten Personen als Mitglieder des Beirates der Forensik bei der LVR-Klinik Viersen zu bestellen. Gemäß § 4 Abs. 3 Satz 3 endet das Mandat mit der konstituierenden Sitzung eines neuen Beirats in der folgenden Kommunalwahlperiode.

Ergebnis:

Entsprechend Beschlussvorschlag beschlossen.

UN-Behindertenrechtskonvention (BRK):

Diese Vorlage berührt eine oder mehrere Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der BRK. nein

Gleichstellung/Gender Mainstreaming:

Diese Vorlage berücksichtigt Vorgaben des LVR-Gleichstellungsplans 2020. nein

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt (Ifd. Jahr):

Produktgruppe:	
Erträge: Veranschlagt im (Teil-)Ergebnisplan	Aufwendungen: /Wirtschaftsplan
Einzahlungen: Veranschlagt im (Teil-)Finanzplan Bei Investitionen: Gesamtkosten der Maßnahme:	Auszahlungen: /Wirtschaftsplan
Jährliche ergebniswirksame Folgekosten:	
Die gebildeten Budgets werden unter Beachtung der Ziele eingehalten	

Für den Vorstand

E n b e r g s
Vorsitzende des Vorstandes

Zusammenfassung:

Die Geschäftsordnung für die Beiräte der Forensik bei den LVR-Kliniken des Landschaftsverbandes Rheinland bestimmt in § 3 Abs. 2, dass die Bestellung der Mitglieder des Beirates analog der Wahlzeiten der Kommunalvertretungen erfolgt. Daher sind jetzt im Nachgang zur Kommunalwahl 2020 die Beiräte neu zu konstituieren.

Die Schwerpunktaufgaben des Beirates sind die Förderung des Verständnisses und der Akzeptanz für die Aufgaben des Maßregelvollzuges in der Öffentlichkeit sowie die Unterstützung der Wiedereingliederung der Patienten des Maßregelvollzuges in die Gesellschaft.

Der Beirat ist ein Forum der Diskussion über alle Fragen der inhaltlichen und organisatorischen Durchführung des Maßregelvollzuges sowie seiner rechtlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen.

Begründung der Vorlage Nr. 15/116:

Die Arbeit der Maßregelvollzugseinrichtungen wurde in den letzten Wahlperioden in allen LVR-Kliniken erfolgreich durch die Arbeit der forensischen Beiräte unterstützt. Diese haben sich an allen Standorten engagiert für die Interessen der Patientinnen und Patienten aber auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingesetzt und in vielfältigen Aktionen vor Ort eine breite Akzeptanz des Maßregelvollzugs an den Standorten geschaffen.

Diese erfolgreiche Arbeit soll auch in Zukunft weiter fortgesetzt werden.

Rechtliche Rahmengrundlagen der Beiratsbestellung

Der Landesgesetzgeber hat in § 4 MRVG den gesetzlichen Rahmen für die Bildung von Beiräten geschaffen.

§ 4 MRVG NW lautet wie folgt:

- (1) *Die Träger der Maßregelvollzugseinrichtungen berufen für jeden Standort einen Beirat.*
- (2) *Aufgaben des Beirates sind die Beratung der Einrichtung in konzeptionellen und organisatorischen Fragen des Maßregelvollzuges, die Unterstützung der Leitung der Einrichtung, die Hilfe bei der Wiedereingliederung der Patientinnen und Patienten und die Förderung des Verständnisses und der Akzeptanz für die Aufgaben des Maßregelvollzuges in der Öffentlichkeit. Die Mitglieder der Beiräte nehmen ihre Aufgaben ehrenamtlich wahr.*
- (3) *Den Beiräten sollen Personen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen angehören. Sie sollen überwiegend Einwohner der Gemeinde sein, in der die Einrichtung liegt. Höchstens die Hälfte der Mitglieder des Beirates kann vom Rat der Gemeinde nach Satz 2 bestimmt werden.*
- (4) *Die Mitglieder des Beirates können sich über inhaltliche und organisatorische Fragen der Durchführung des Maßregelvollzuges unterrichten lassen sowie die Einrichtung besichtigen. Ein Recht auf Akteneinsicht besteht nicht. An Entscheidungen über einzelne Patientinnen und Patienten sind die Beiräte nicht beteiligt.*
- (5) *Das Nähere regeln die Träger der Einrichtungen in einer Geschäftsordnung.*
- (6) *Soweit Einrichtungen des Maßregelvollzugs von Religionsgemeinschaften oder diesen gleichgestellten oder ihnen zugeordneten Organisationen betrieben werden, treffen diese Regelungen in eigener Zuständigkeit, die den Zielen dieses Paragraphen entsprechen."*

Das Land hat in § 4 Abs. 3 MRVG eine enge Bindung des Beirates an die Standortgemeinde gesetzlich festgeschrieben, die sich in der Praxis bewährt hat. So sollen die Beiratsmitglieder überwiegend Einwohner der Standortgemeinde sein. Dem Rat der Standortgemeinde wird das Recht eingeräumt, maximal die Hälfte der Mitglieder des Beirates zu bestimmen.

Der Landschaftsverband Rheinland hat von der Ermächtigung gem. § 4 Abs. 5 MRVG, das Nähere in einer Geschäftsordnung (GeschO) für die Beiräte zu regeln, Gebrauch gemacht (Die GschO liegt den Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Krankenhausausschusses 3 vor). Hierbei hat er in § 2 Abs. 1 GeschO festgelegt, dass der Beirat höchstens aus 24 Personen besteht.

§ 3 Abs. 2 der GeschO bestimmt, dass die Bestellung der Mitglieder des Beirates analog der Wahlzeiten der Kommunalvertretungen erfolgt. Daher sind jetzt im Nachgang zur Kommunalwahl 2020 auch die Beiräte neu zu konstituieren. Gemäß § 4 Abs. 3 Satz 3 endet das Mandat mit der konstituierenden Sitzung eines neuen Beirates in der folgenden Kommunalwahlperiode.

Die Beiratsmitglieder sollen gem. § 4 Abs. 3 MRVG unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen/Organisationen angehören. Der Landschaftsverband Rheinland hat diese in § 2 Abs. 1 seiner Geschäftsordnung näher präzisiert. Hiernach sollen als Mitglieder des Beirates nach Möglichkeit Vertreter der Standortgemeinde, des Kreises bei kreisangehörigen Standortgemeinden, der Landschaftsversammlung Rheinland, der für den Standort zuständigen Kreispolizeibehörde bzw. des für den Standort zuständigen Polizeipräsidenten, der für den Standort zuständigen Kammern, der örtlichen Arbeitnehmervertretungen, der Justiz, der Glaubensgemeinschaften, der örtlichen Medien, der örtlichen Wohlfahrtsverbände, der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft und der Nachbarschaft bestimmt werden.

Die Mitglieder des Klinikvorstandes und hierzu beauftragte Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter des LVR-Dezernates Klinikverbund und Heilpädagogische Hilfen des Landschaftsverbandes Rheinland sowie die Ombudsperson der jeweiligen Klinik sind berechtigt, an den Sitzungen des Beirates teilzunehmen und haben ein Vortragsrecht.

Gemäß § 10 der GeschO ist das Amt des Beirates ein Ehrenamt. Die Mitglieder haben einen Anspruch auf Erstattung ihrer Reisekosten für Reisen innerhalb des Versorgungsgebietes der jeweiligen Klinik des Beirates, zu den Sitzungen, zur Geschäftsstelle des Beirates und zu den Terminen in der Zentralverwaltung des Landschaftsverbandes Rheinland.

Verfahren der Beiratsgründung

Die Bildung des Beirates erfolgt grundsätzlich in zwei Schritten. Der Rat der Standortgemeinde hat ein Recht, höchstens 12 Mitglieder per Ratsbeschluss für den Beirat zu bestimmen.

Die Bestellung aller Beiratsmitglieder erfolgt in einem zweiten Schritt gem. § 3 der Geschäftsordnung durch den jeweils zuständigen Krankenhausausschuss. Insgesamt soll auf die Wahrung der Präsenz der gesellschaftlich relevanten Gruppierungen/Organisationen im Beirat geachtet werden.

Die Stadt Viersen hat mit Ratsbeschluss vom 22.12.2020 folgende Personen als Beiratsmitglieder bestimmt:

Frau Bettina Gläser-Kurth (Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Viersen)
Herr Fachbereichsleiter Christoph Hünnekes
Herr Erhard Braun (CDU)
Ratsherr Paul Mackes (CDU)
Ratsfrau Susanne Saringen (CDU)
Ratsherr Uwe van de Venn (CDU)
Ratsfrau Petra Bien (SPD)
Ratsfrau Sonja Neikes (SPD)

Ratsfrau Anne Kolanus (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
Ratsfrau Martina Maaßen (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
Frau Kristina Seidler-Lynders (DIE LINKE)
Ratsherr Stefan Feiter (FDP)

Vom Landschaftsverband Rheinland werden die folgenden Personen vorgeschlagen:

Herr PD Wolfgang Heimbach (Kreispolizeibehörde Viersen)
Frau Charlotte Adams-Dolfen (JVA Willich I)
Herr Stephan Wirtz (ver.di)
Herr Reiner Lennertz (Kontakt-Rat-Hilfe e.V.)
Herr Ludger Firneburg (Diakonie)
Frau Barbara Shahbaz (Paritätischer Wohlfahrtsverband)
Herr Stefan Corda-Zitzen (Psychiatrische Hilfgemeinschaft Viersen gGmbH)
Frau Margret Maier (Nachbarschaft)

Als Vertreter der Landschaftsversammlung Rheinland werden, wie auch schon in der letzten Wahlperiode für die Beiräte in Bedburg-Hau, Düren, Langenfeld und Viersen die Vorsitzenden des für die Klinik zuständigen Krankenhausausschusses vorgeschlagen.

Dies ist für den Beirat in der LVR-Klinik Viersen Herr Peter Fischer (CDU).

Für den Vorstand

E n b e r g s
Vorsitzende des Vorstandes